

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**  
**Alte und neue Wolken**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Alte und neue Wolken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 1, pp. 13-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131446>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

doch der Federal Reserve Act von 1913 zur Bildung größerer Bankbezirke, als sie bis dahin galten, um dadurch die Regionalbanken in ihrer Kreditgewährung von der engen Bindung an die Wirtschaft des einzelnen Bezirks zu lösen. Denn infolge der regionalen Begrenzung waren die Banken besonders in der Investitionskreditgewährung hohen Risiken ausgesetzt. Durch Einführung des Federal Reserve Act wurden die Bankbezirke zu viel größeren Gebieten erweitert, in denen infolge einer

ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur auch ein Ausgleich der branchenverschiedenen Risiken möglich wurde. Durch diese Mischung sind die Banken den massierten Risiken eines Industrie- oder Wirtschaftszweiges gegenüber, die in einem geschlossenen Gebiet beheimatet sind, besser gewappnet.

Deutschland hatte sich seit der Reichsgründung als einheitliches Wirtschaftsgebiet entwickelt, in dem die einzelnen Landesteile zwar in wechselseitiger Abhängigkeit standen, sich jedoch in wirtschaft-

licher Hinsicht aufs wirkungsvollste ergänzten. Deutschland war — verglichen mit amerikanischen Verhältnissen — gleichsam ein einziger Federal-Reserve-Bezirk, was auch in der Größenordnung stimmt, und wurde nach 1945 willkürlich nach Maßgabe des Verlaufs der Ländergrenzen in 11 Unterbezirke zerteilt, deren einige die Größe von Städten haben. Deutschland ist in den Zustand zurückversetzt worden, in dem sich die USA. vor 1913, als sie noch Deutschlands Schuldner waren, befanden. (9)

## Montan-Union vor dem deutschen Bundestag

### Die Atmosphäre der Abstimmungs-Debatte

#### Von einem Befürworter:

Das oft mißbrauchte Wort von der historischen Stunde trifft dieses Mal wirklich zu. Durch Annahme des Schumanplanes hat Deutschland sich eines wichtigen Teiles seiner souveränen Rechte zugunsten der Gemeinschaft europäischer Völker begeben, für dauernd; denn die vertragliche Frist von fünfzig Jahren ist synonym für unbegrenzte Zeit. Es sind wichtige Rechte, die wir aufgegeben haben. Der dauernde Verzicht auf Zölle für Eisen- und Stahlprodukte, der dauernde Verzicht, im Handelsverkehr durch Verweigerung von Kohlelieferungen Repressalien auf unsere europäischen Nachbarvölker auszuüben, kann in Zeiten des Kohlenmangels oder des Stahlüberflusses für unsere Volkswirtschaft ins Gewicht fallen. Das günstige Abstimmungsergebnis unterstrich die Bedeutung des Aktes.

Dieselben Parteien, die der Bundesregierung zugestimmt haben, haben aber auch ihren Bedenken zugestimmt. Welches waren diese Bedenken, die immerhin so erheblich waren, daß die Sozialdemokratie glaubte, den Plan nicht annehmen zu können?

#### Die Saarfrage

Die SPD hat der Regierung Ver- rat an der Saarbevölkerung vorgeworfen. Alle Parteien haben in der Debatte ihr Bedauern dar-

über ausgesprochen, daß zwischen Deutschland und Frankreich immer noch die Saarfrage stehe. Die Bundesregierung hat in Erkenntnis dieser gravierenden psychologischen Schwierigkeit vom französischen Verhandlungspartner eine dem Vertragswerk beigefügte Erklärung verlangt und erhalten, daß die deutsche Annahme des Schumanplanes keine Zustimmung zu dem gegenwärtigen Regime an der Saar bedeute. Hätte die Bundesregierung mehr tun sollen? Hätte sie insbesondere die Unterzeichnung des Planes von der vorherigen Regelung der Saarfrage abhängig machen sollen? Aus der französischen Kammerdebatte ist zu ersehen, daß Schuman und Pleven schon mit dem gegenwärtigen Plan schwere Hindernisse in Frankreich zu überwinden hatten. Gleichzeitig die längst fällige, für Deutschland günstige Lösung der Saarfrage zu erreichen, wäre Schuman — der ja auch mit einer zähen, am Vergangenen festhaltenden Opposition zu rechnen hat — unmöglich gewesen. Das hätte das Scheitern des Schumanplanes bedeutet. Auf diesen Schritt vorwärts wollte die Bundesregierung aber nicht verzichten, auch in der richtigen Annahme, daß ein Fortschreiten in der Integration Europas die Lösung der Saarfrage erleichtern, eine Verschärfung der nationalen Gegensätze dagegen diese unmöglich machen würde.

#### Berlin und der deutsche Osten

Die Annahme des Schumanplans hieße Berlin gefährden und den deutschen Osten abschreiben, sagten die Gegner des Plans. Es ist schwer, die Ernsthaftigkeit dieses Argumentes anzuerkennen. Der Berliner Senat unter seinem sozialdemokratischen Bürgermeister Reuter hat die Annahme des Planes verlangt. Die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone sind offiziell stumm. Was wir von Tausenden von Flüchtlingen aber immer wieder hören, ist das Verlangen, Westdeutschland müsse sich stark machen. Der Wunsch, daß Westdeutschland in Verbindung mit dem europäischen Westen und Amerika geradezu aggressiv die Befreiung der sowjetisch besetzten Zone herbeiführe, ist gewiß nur ein Ausdruck der Verzweiflung, aber für die Wünsche jener unserer Mitbürger kennzeichnend.

#### Die Entflechtung

Der Ratifizierung des Plans sind jahrelange Eingriffe der Alliierten in die Struktur der deutschen Kohle- und Eisenwirtschaft vorausgegangen. Ob und in welchem Umfange diese Eingriffe schädlich für die Wirtschaft der Kohle- und Eisenindustrie sein werden, kann nur die Zukunft erweisen. Sicherlich haben die von deutscher Seite zäh geführten Verhandlungen die vom Morgenthaugeist geführte Politik der anderen in entscheidenden

Punkten durchkreuzen können. Ebenso sicher aber ist, daß ohne die entschlossene deutsche Außenpolitik in Richtung auf eine europäische Föderation die uns feindlichen Kräfte in der Besatzungspolitik das Feld in Deutschland unbeschränkt beherrschen würden. Es ist die Außenpolitik der Bundesregierung, die überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen hat, sich über solche Fragen zu unterhalten. Fest steht dagegen, daß mit dem Abschluß des Schumanplanes alle Eingriffe der Alliierten in die deutsche Wirtschaft, sei es über Sicherheitsrat, Dekartellisierung oder Ruhrbehörde, zum Abschluß gekommen sind. Wer meint, daß dies ein erstrebenswertes Ergebnis sei, müßte dem Plan zustimmen.

### **Fragen der Integration**

Die schwerwiegendsten Bedenken der Opposition richteten sich dagegen, daß wir den europäischen Partnern des Planes den ungehinderten Zugang zu der deutschen Kohle und zum deutschen Stahl gewähren. In der französischen Kammerdebatte hatten die Verteidiger des Planes gegen ihre zahlreichen Gegner aus der französischen Schwerindustrie darauf hingewiesen, daß mit dem Plan Deutschland die Möglichkeit verliere, seine Stahlerzeugung der französischen Automobilindustrie vorzuenthalten, um sie etwa dem Volkswagenwerk zuzuweisen. Richtig, aber die anderen Vertragsländer verlieren diese Möglichkeit ebenfalls. Gerade bei Eisen und Stahl kann sich der Zugang zu der französischen Produktion für uns als mindestens ebenso wichtig erweisen wie der Zugang französischer Abnehmer zu der deutschen Produktion. — Anders sieht es ohne Frage gegenwärtig bei der Kohle aus. Man kann wirklich fragen, ob der Schumanplan zustande gekommen wäre, wenn die Franzosen in der gegenwärtigen Mangellage nicht das Gespenst einer Abdrosselung der deutschen Kohlenlieferungen für die anderen Länder hätten entstehen sehen. Aber wird diese Mangellage ewig dauern? Das Kennzeichen der europäischen Kohlenmärkte über längere Zeiträume ist nicht der Mangel, sondern der Überfluß. Nur

außerordentliche Störungen, wie Kriege, erzeugen in einer normalen Wirtschaft Mangel über längere Zeiträume. Die Kohle liegt in unbegrenzten Mengen in der Erde und kann von einer geordneten Wirtschaft für jeden Bedarf ausreichend produziert werden. In dieser Frage haben sich in seltsamer Übereinstimmung der französische Wunsch nach wirtschaftlicher Sicherheit und das sozialistische planwirtschaftliche Denken getroffen. Eine planwirtschaftliche Wirtschaftsordnung kennt tatsächlich einen Güterüberschuß nicht. Was verbraucht wird, wird auch „verplant“. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben sogar klar gezeigt, daß das Zurückbleiben der Produktion hinter dem Bedarf geradezu das Kennzeichen der Planwirtschaft ist. Für den Planwirtschaftler ist deshalb der Verzicht auf Verplanung der in seinem autarken Bereich liegenden Wirtschaftsgüter eine unerträgliche Vorstellung. Der Marktwirtschaftler sieht in dem Mangel immer nur eine vorübergehende Störung, die durch Tatkraft und Fleiß überwunden werden kann. Wer daher an die Zeiten des notwendigerweise kommenden europäischen Kohleüberflusses glaubt, muß ein Interesse an dem ungehinderten Zugang zu den europäischen Kohlenmärkten haben. Genau das ist es auch, warum die deutsche Industrie den Schumanplan befürwortet, die französische Industrie ihn aber ablehnt.

Die Gegner des Schumanplanes haben im Bundestag eindringlich die Gefahr heraufbeschworen, daß Deutschland in den für die Durchführung des Planes zuständigen Gremien überstimmt werden könne. Das ist richtig. Diese Gefahr ist aber mit dem Eintritt in jede größere Gemeinschaft verbunden. Wer der Meinung ist, daß Vorteile einer europäischen Gemeinschaft deren Nachteile überwiegen, muß die Gefahr des Überstimmtwerdens in Kauf nehmen. Wer gar der Meinung ist, daß die Herstellung einer europäischen Gemeinschaft in ganz kurzer Frist die letzte Möglichkeit eines Überlebens Europas angesichts der russischen Gefahr sei, muß dem Plan zustimmen, auch wenn er größere Nachteile hat.

Es ist der Bundesregierung übelgenommen worden, daß sie in der Debatte mehrfach die Vision eines größeren Europas heraufbeschworen und damit auch die von der Bundesregierung zugegebenen Mängel verdeckt habe. Aber läßt sich in außerordentlichen Situationen ein Entschluß deshalb verwerfen, weil er ein großes Ziel anstrebt? Stehen uns heute überhaupt noch kleine Mittel zur Verfügung, um die fast hoffnungslose Lage Europas am Rande des russischen Kontinents zu retten? — Ohne Zögern ist das Verlangen der Opposition zu unterschreiben, daß, wenn man überhaupt schon eine Integration Europas wolle, der Schumanplan nur ein erster Schritt sein dürfe, das begonnene Bauwerk eine gefährliche Ruine sei, wenn nicht andere „Pläne“ alsbald folgen würden!

### **Demokratische Disziplin**

Die Debatte im Bundestag gibt ein eindrucksvolles Bild von dem Wiedererstehen der demokratischen Funktionsformen. Regierung und Opposition haben mit Zurückhaltung, aber Festigkeit ihre Meinung gesagt. Beide Gruppen waren von hervorragender Disziplin. Die Auseinandersetzung zwischen dem Kanzler und Ollenhauer (der in Vertretung Schumachers für die Opposition sprach) über die Notwendigkeit und Möglichkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik werden fruchtbare Folgen haben.

Es ist kein Zweifel, daß die Opposition nach Annahme des Planes loyal mitarbeiten wird. Sie hat daher Anspruch, an den Exekutivorganen des Planes angemessen beteiligt zu werden. (bc.)

### **Von einem Gegner:**

Schon der Termin der Schumanplan-Debatte war hart umstritten. Der Kanzler wollte die Zustimmung des Parlaments in Sondersitzungen im unmittelbaren Anschluß an die Ausschußberatungen noch vor Weihnachten erzwingen, um auf der Pariser Europa-Armee-Konferenz am 27. 12. 1951 Deutschlands Ja zur Montan-Union vorlegen zu können.

Der geforderte vorweihnachtliche Termin hätte den Abgeordneten keine Zeit gelassen, die Argumentationen und Erklärungen der Aus-

schußberatungen zu ordnen und für die Parlamentsdebatte auszuwerten. Die Fach-Ministerialbürokratie wäre durch ihre Spezialkenntnisse Herr der Situation gewesen, ohne daß politischen Entscheidungen Raum gegeben worden wäre. Dabei bewies diese Terminfrage bereits, daß die Montan-Union in unmittelbarem Zusammenhang mit den in Vorbereitung befindlichen europäischen Rüstungsverträgen steht.

Nach einigem Schwanken entschied sich das Parlament für die Verschiebung der Debatte auf den 9. bis 11. Januar 1952, die dann mit einer Gründlichkeit geführt wurde, wie sie der Bundestag noch nicht erlebt hatte. Die sachliche Debatte war gekennzeichnet durch den Großaufmarsch von 12 sozialdemokratischen Rednern zu jedem Teilgebiet des Vertrages, die sich mit Rednern der Koalitions- und der Splitterparteien abwechselten. Trotzdem war das Abstimmungsergebnis keinen Augenblick zweifelhaft. Denn die Koalition kämpfte auf zwei Ebenen. Der FDP-Abgeordnete Stegner z. B. teilte die meisten sachlichen Argumente der Opposition; aber er glaubte an Europa, und im europäischen Interesse sei er bereit, die offenbaren Nachteile und Risiken des Vertrages auf sich zu nehmen. So wurde der Kampf ungleich, weil der Glaube nicht durch Gründe zu erschüttern ist, denn er erhebt sich über die Welt der Tatsachen, wird aber seinerseits zur Tatsache, die in das Getriebe der Welt eingreift.

Die Unterschiedlichkeit des Standpunktes in der Beurteilung dieses Staatsvertrages wurde noch größer, als die Aussprache vom einzelnen Für und Wider der 100 Artikel und des ebenso großen Anhangs des Vertrages zu den allgemeinen politischen Zielen des Vertrages überging. Hier stand These gegen These: Die Regierung hält die Montan-Union für die Voraussetzung der deutsch-französischen Verständigung, die künftige Kriege unmöglich mache. Wirtschaftliche Benachteiligungen Deutschlands gegenüber den übrigen Teilnehmern glaubt sie durch die Generalklausel ausgeschlossen, daß kein

Mitglied der Union diskriminiert werden dürfe. Die Wiedervereinigung Deutschlands hält sie nur für möglich, wenn die Bundesregierung sich eng an den Westen anschließt, um mit dessen Stärke die Russen zum Rückzug zu veranlassen.

Schließlich warf der Kanzler der SPD in scharfen Worten vor, sie habe mit ihren Argumenten die Gefühle der westlichen Völker verletzt, indem sie die voraufgegangene französische Kammerdebatte über die Montan-Union sehr häufig dahin interpretiert habe, daß die Franzosen durch diese Union ihre nationale Schwerindustrie ausbauen und ihre politische Siegerstellung gegenüber Deutschland und dem Saargebiet verewigen wollten.

Der Oppositionsführer Ollenhauer erklärte die häufigen Hinweise auf die französische Kammerdebatte als Klarstellung unterschiedlicher Auffassungen, die sonst als Sprengstoff mit in die Union

genommen würden. Am stärksten beanstandete er die Unterlassungen der deutschen Verhandlungsdelegation in bezug auf die Ostzone, Berlin und die Saar. Bedrückend sei es, daß im Vertrag die Handelsbeziehungen zur Ostzone von der Zustimmung der Hohen Behörde abhängig gemacht werden, anstatt vor Beginn der Verhandlungen die Anerkennung des Grundsatzes zu fordern, daß die Bundesregierung stellvertretend für ganz Deutschland spreche. Er lehnte nicht eine europäische Zusammenarbeit ab, sondern nur die spezifische Form des vorliegenden Vertrages, der in die falsche Richtung führe.

Falls auch die Parlamente der übrigen beteiligten Länder unterzeichnen, wird dieser Vertrag die nationalen Volkswirtschaften stark verändern. Die Grundlagen für die deutsche Politik innerhalb dieses Vertrages wurden in dieser Debatte gelegt. (tz.)

## Alte und neue Wolken

Mit dem für die Bundesregierung so günstigen Verlauf der Abstimmung über die Ratifizierung des Gesetzes über die Montan-Union sind die Gewitterwolken keineswegs vom parlamentarischen Himmel gefegt. Es türmen sich im Gegenteil von neuem recht gefährliche Wolken am Horizont auf, die alle Hoffnungen, daß sich Regierungskoalition und Opposition über eine gemeinsame Linie der Außenpolitik einigen mögen, überschatten.

Vielleicht wäre es richtig gewesen, die kurzfristige Entspannung, die sich nach Beendigung der im allgemeinen sachlich geführten Schuman-Plan-Debatte abzeichnete, zu einer gemeinsamen Aktion für gesamtdeutsche Wahlen und die baldige Wiedervereinigung der Zonenstaaten auszunutzen. Ein Versuch in dieser Richtung scheint ja auch in der bereitwilligen Abänderung des Gesetzentwurfes für gesamtdeutsche Wahlen gemacht worden zu sein. Leider scheint durch die Vorrangierung der Wehrfragen die gute Atmosphäre vorzeitig beendet zu werden.

Der Glaube an Europa hat dem Schuman-Plan in der Bundesrepublik zum Sieg verholfen. Und der Glaube an Europa oder die für uns bestehende Notwendigkeit einer europäischen Gemeinschaft wird — wenn auch unter verschiedenen Vorstellungen — von Regierungskoalition und Opposition anerkannt.

Anders liegen die Dinge bei den Fragen der allgemeinen Wehrpflicht und des Wehrbeitrags, die an prinzipielle und viel tiefer liegende Gegensätze herangreifen. Die Themen der gemeinsamen europäischen Verteidigung werden in den Partnerländern mit sehr großer Vorsicht behandelt. Diese Vorsicht wäre auch bei uns nötig, denn wir können es uns nicht leisten, im Interesse einer noch fiktiven außenpolitischen Konzeption schwere innerpolitische Auseinandersetzungen auszulösen. Gerade in dieser Frage scheint die Einigung auf einer von beiden Seiten als tragbar empfundenen Linie unabdingbar. (sk)